

RzF - 36 - zu § 134 Abs. 2 FlurbG

- 1. Bei der Versäumung einer Widerspruchsfrist in flurbereinigungsrechtlichen Bodenordnungsverfahren wird § 32 VwVfG verdrängt durch § 134 Abs. 2 FlurbG.**
- 2. Ein Widerspruch ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses einzulegen.**
- 3. Es führt nicht zur Rechtswidrigkeit des Anordnungsbeschlusses, wenn das Verfahren auch einen Golfplatz erfasst.**

Flurbereinigungsgericht Greifswald, Urteil vom 04.09.2003 - 9 K 29/02 -

Aus den Gründen:

Die Klage ist im Hauptantrag unzulässig. Die Klägerin hat die rechtzeitige Einlegung des Widerspruchs gegen den Anordnungsbeschluss vom 6. Januar 2000 versäumt. Ihr ist auch keine Nachsicht nach § 134 Abs. 2 FlurbG zu gewähren.

Die Frist zur Einlegung des Widerspruchs begann mit dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung und betrug einen Monat (§§ 115 Abs. 1, 141, 138 Abs. 1 Satz 2 FlurbG, 70 VwGO). Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im Januar 2000; die Widerspruchsfrist war bei der Einlegung des Widerspruchs im Oktober 2001 längst abgelaufen. Der Fristbeginn bleibt von der möglichen Verletzung des § 6 Abs. 3 FlurbG unberührt, da der Fristbeginn ausschließlich an die öffentliche Bekanntmachung des verfügenden Teils des Anordnungsbeschlusses anknüpft.

Der Klägerin ist zu Recht von dem Beklagten keine Nachsicht gewährt worden. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wie sie die Klägerin beantragt hat, kommt bei der Versäumung der Widerspruchsfrist nicht in Betracht; das Rechtsinstitut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird im flurbereinigungsrechtlichen Verwaltungsverfahren durch § 134 Abs. 2 bis 4 FlurbG als *lex specialis* verdrängt (Seehusen/Schwede, FlurbG, 7. Aufl. 1997, § 141 Rn. 11).

Die Klägerin hat keinen Anspruch aus § 134 Abs. 2 Satz 2 FlurbG auf Nachsichtgewährung. Die Versäumung der Widerspruchsfrist erfolgte nicht unverschuldet. Die Klägerin hatte spätestens seit August 2000 Kenntnis über den Anordnungsbeschluss. Sie verzichtete zu diesem Zeitpunkt und - anwaltlich vertreten - in der Folgezeit auf die Einlegung eines Widerspruchs und verhandelte statt dessen über die Modalitäten eines privatrechtlichen Grundstückskaufvertrages über ihr Grundstück. Sie handelte hinsichtlich der Nichteinlegung des Widerspruchs im Rechtssinne schuldhaft; ein Verschulden ihres - damaligen - Bevollmächtigten ist ihr zuzurechnen (§ 134 Abs. 4 FlurbG).

Der Beklagte hat ermessensfehlerfrei den Antrag der Klägerin auf Nachsichtgewährung abgelehnt. Der Beklagte hat sein Ermessen dahingehend ausgeübt, dass er mit Blick auf die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen des Anordnungsbeschlusses eine Nachsichtgewährung nur bei Vorliegen einer unbilligen Härte ausspricht. Zu Recht hat der Beklagte eine durch den Anordnungsbeschluss bewirkte unbillige Härte verneint. Auch der

Senat sieht keinen Ansatz für das Vorliegen einer unbilligen Härte. Soweit die Klägerin eine solche daraus ableitet, dass die Voraussetzungen der Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens, die sie aus § 3 LwAnpG herleitet, offensichtlich nicht vorlägen, geht sie fehl. Die Voraussetzungen für die Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens nach § 3 LwAnpG liegen vor. In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist geklärt, dass bei der Auslegung dieser Vorschrift nicht darauf abzustellen ist, ob der Grundbesitz landwirtschaftlich genutzt wird. Maßgeblich ist, dass im Interesse der Strukturförderung "ländlicher Grundbesitz" neu geordnet wird. Dies leitet das Bundesverwaltungsgericht aus einer Parallele zu § 1 FlurbG ab (BVerwG, Urteil vom 09.07.1997 - 11 C 2.97 -, BVerwGE 105, 128 <RzF - 1 - zu § 56 Abs. 1 LwAnpG>). In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist weiterhin geklärt, dass es nicht zur Rechtswidrigkeit der Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens führt, wenn von diesem Verfahren auch ein Golfplatz erfasst ist (BVerwG, Beschluss vom 17.10.1972 - V B 4.72 - AgrarR 1973, S. 86 = DVBl. 1973, S. 584 <RzF - 13 - zu § 1 FlurbG>). Schließlich ist es rechtlich nicht zu beanstanden, wenn - wie hier - im Rahmen der Bodenneuordnung außerhalb des Flurbereinigungsverfahrens zu verwirklichende Planungen erleichtert werden (Seehusen/Schwede, a.a.O., § 1 Rn. 6 m.w.N.).

Eine Nachsichtgewährung scheitert schließlich daran, dass der Widerspruch nicht unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses eingelegt wurde. Dieses Erfordernis folgt aus einem allgemeinen Rechtsgedanken, der in den einzelnen Wiedereinsetzungsvorschriften der Prozessordnungen näher kodifiziert ist (Seehusen/Schwede, a.a.O., § 134 Rn. 7 am Ende). Die Klägerin hat nicht unverzüglich nach Kenntniserlangung vom Anordnungsbeschluss den Widerspruch eingelegt, sondern vielmehr erst das Scheitern der Kaufvertragsverhandlungen abgewartet.